



## 30 Jahre Referendum Zwentendorf – Welche neuen Aspekte gibt es?

Von H. Böck

Als am 5.11.1978 die Volksabstimmung unter Bundeskanzler Kreisky mit 50,47% (entsprechend 31,4% der Wahlberechtigten!) gegen und mit nur 49,53% für die Nutzung der Kernenergie (bei 35,9% Wahlenthaltungen) ausging, triumphierten die Kernenergiegegner. Bei diesem Ergebnis muß allerdings schon darauf hingewiesen werden, daß es sich bei dieser Abstimmung primär um eine parteipolitische Abstimmung gehandelt hat. Kreisky, der damals als Befürworter der Kernenergie auftrat, verknüpfte nämlich sein Weiterverbleiben in der Regierung mit einem positiven Ausgang des Referendums. Das bewog viele ÖVP Wähler, die der Kernenergie grundsätzlich positiv gegenüber standen, gegen die Kernenergie und damit gegen Kreisky zu stimmen. Nach dem negativen Ausgang des Referendums änderte allerdings Kreisky schlagartig seinen Standpunkt: Das Parlament beschloß bereits am 15.12.1978(!) ein Kernenergieverbotsgesetz und hob es ein knappes Jahr später sogar in den Verfassungsrang. Das Thema Kernenergienutzung war somit in Österreich politisch geblockt.

Nach dem schweren Störfall in Tschernobyl im Jahre 1986, der neben ca 50 akuten Todesfällen auch eine nicht auszuschließende Risikoerhöhung von Krebserkrankungen zur Folge hatte, trat eine weltweite Stagnation des Kernkraftwerksausbaus ein. Es wurden weder in den USA noch in Europa neue Kernkraftwerke bestellt und in einigen Staaten (S, I, D) sogar ebenfalls ein Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

In der Zwischenzeit wurden allerdings Reaktorbaulinien mit erhöhter Sicherheit entwickelt. Derzeit werden bereits in einigen europäischen Ländern aus wirtschaftlichen Überlegungen wieder Kernkraftwerke errichtet. Weltweit gibt es zudem in zahlreichen Ländern sehr konkrete Ausbaupläne (CH, CZ, F, FIN, LIT, PL, SK, SLO, China, Indien, usw. ....). Darüber hinaus wurden bereits für viele in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke Laufzeitverlängerungen und Leistungserhöhungen beantragt, die zum Teil auch schon bewilligt sind oder bereits durchgeführt wurden. Auch werden bestehende Ausstiegsbeschlüsse (wie z.B. in Italien) in Frage gestellt. In Deutschland wird es wahrscheinlich vom Ausgang der nächsten Wahl abhängen, ob und wann der Ausstieg vom Ausstieg stattfinden wird. Parallel dazu entwickelte sich ein starkes Klimabewußtsein, das im Kyoto-Protokoll seinen verbindlichen Niederschlag fand. Auch in nachfolgenden Konferenzen auferlegten sich viele Industriestaaten strenge Auflagen bezüglich des CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Österreich, das sich als Öko-Musterland der EU präsentierte, ist allerdings noch weit vom selbst festgelegten Kyoto-Ziel entfernt: Der Zielwert wird nämlich zur Zeit um 31%(!) verfehlt! Allerdings kann sich jeder Industriestaat – natürlich auch Österreich – über den sogenannten Zertifikathandel ein ruhiges

Öko-Gewissen erkaufen, solange es die finanzielle Situation zuläßt und sofern es noch Staaten gibt, die weniger CO<sub>2</sub> emittieren, als sie dürften. Diese Situation erinnert an einen ökologischen Ablaßhandel, bei dem wir uns ein ruhiges Ökogewissen erkaufen.

Ein weiterer Aspekt, der hier erwähnt werden muß, ist die durchschnittliche Zunahme des Stromverbrauches von ca 2% pro Jahr, welcher dazu geführt hat, daß Österreich ab 2002 zu einem Netto-Stromimporteur wurde. Wenn dieser Trend anhält, muß bereits 2015 mit einem Zusatzbedarf in der Größenordnung der Donaunutzung gerechnet werden. Zur Bedarfsdeckung muß also weiter kräftig Strom importiert werden. Dabei unweigerlich auch „Atomstrom“ mitimportiert. Im Mittel beträgt dieser „böse“ Atomstrom ca 10% der Grundlastversorgung und der Anteil wird mit zunehmendem Stromverbrauch noch steigen. Übrigens nutzt Österreich die wundersame Stromumwandlung von bösen Atomstrom in sauberen Strom aus Wasserkraft. Der billige Atomstrom in der Nacht wird zum Füllen der alpinen Speicherkraftwerke verwendet, um dann tagsüber als sauberer Strom aus Wasserkraft zur Verfügung zu stehen!

Im letzten Jahrzehnt sind infolge intensiver Förderung vor allem Windkraftwerke errichtet worden, deren unsicherer Beitrag zur Stromaufbringung im Bereich von wenigen Prozent liegt. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß für jedes einzelne Windkraftwerk eine sichere Ersatzversorgung (Wasser, Kohle, Öl, Gas) notwendig ist, da in Österreich der Wind eben nicht jederzeit zur Verfügung steht. Zudem ist die Inland-Wertschöpfung von Windkraftwerken vernachlässigbar, da die Windkraftwerke vorgefertigt importiert werden.

Kernkraftwerke produzieren im Vergleich zu fossilen Kraftwerken praktisch kein CO<sub>2</sub> und könnten daher in Österreich gemeinsam mit der Wasserkraft wie in der Schweiz einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des CO<sub>2</sub> Problems leisten. Weltweit würde sich allerdings auch bei intensivem Ausbau der Kernenergie dies erst in Jahrzehnten auswirken. Die bekannten Uranvorräte sind heute bereits über einem längeren Zeitraum gesichert als dies bei Erdölvorräten der Fall ist. Die Lagerstätten liegen zudem überwiegend in politisch stabilen Ländern wie Australien und Kanada. In speziellen Reaktoren, sogenannten Brutreaktoren, kann außerdem Uranisotop U<sup>238</sup> in spaltbares Plutonium umgewandelt und nach der Wiederaufarbeitung als nutzbarer Nuklearenbrennstoff verwendet werden. Damit könnte eine Bedarfsdeckung über viele Jahrhunderte sichergestellt werden. Technisch ist die Frage der Endlagerung als gelöst zu betrachten. Mit dem bereits begonnenen Bau eines geologischen Endlagers im Granit wird dies in Finnland in wenigen Jahren demonstriert werden.

Zusammenfassend wäre zu bemerken, daß sich Österreich durch die Volksabstimmung gegen die Kernenergie am 5.11.1978 und seine nachfolgende antinukleare Politik mehr Nach- als Vorteile erkaufte. Aus heutiger Sicht ist festzustellen:

Österreich

O hat sich alle Nachteile der Kernenergie, aber auch deren Vorteile „erspart“,

O konsumiert in zunehmendem Maße nuklear erzeugten Strom, O ist in seiner Energieversorgung in erhöhtem Maße von unsicheren Auslandsmärkten (Naher Osten, Osteuropa) abhängig,

O kann den Kyoto-Zielwert durch inländische Maßnahmen nicht erreichen,

O hat sein Nuklear-Wissen und damit zahlreiche hochqualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen verloren,

O belastet durch seine technisch unqualifizierte Einmischung in Nuklear-Projekte der Nachbarländer die bilateralen Beziehungen erheblich,

O stellt für viele Staaten keinen ernstzunehmenden Diskussionspartner in Sachen Kernenergie mehr dar, sondern führt einen von Medien unterstützten quasi-religiösen, anti-nuklearen Kreuzzug,

O wird mit Sicherheit auch in den nächsten Jahrzehnten kein eigenes Kernkraftwerk errichten. Vielleicht werden sich in Zukunft zur Sicherung der Versorgung Österreichs auch heimische EVUs an ausländischen Kernkraftwerken finanziell beteiligen, wie dies von einigen Ländern bereits praktiziert wird, z. B. von Italien bei Mochovce /SK.

*Prof. Dipl.Ing. Helmuth Böck arbeitet am Atom-Institut der Technischen Universität Wien*

## POLIT-SPLITTER

### Haß über den Tod hinaus

Wie immer man über Jörg Haider denken mag, jegliche negativen Emotionen sollten mit dessen tragischem Unfalltod ein Ende finden. Soviel Größe scheint in Bad Goisern keinen hohen Stellenwert zu haben.

Anlässlich der aktuellen Diskussion zur posthumen Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Jörg Haider kündigte Hubert von Goisern an, die seine in diesem Fall zurücklegen zu wollen.

Jörg Haider hat wie kein anderer in den letzten 20 Jahren Österreichs Innenpolitik geprägt und die Menschen bewegt, indem er Dinge ansprach, die auch jene berühren und betreffen, die zu feige sind, sich dazu zu bekennen. Er war eine äußerst charismatische Persönlichkeit und ein herausragendes politisches Talent, bedauerlicherweise hat er seine Fähigkeiten nicht immer richtig eingesetzt. Ihn durch die Verleihung der Ehrenbürgerschaft mit einem drittklassigen Staatskünstler, der auf Steuerzahlerkosten lebt, auf eine Stufe zu stellen, ist so gesehen tatsächlich entbehrlich.

### Preistreiber

Heftig beklagen unsere Politiker die Teuerungen, die besonders ärmere Bevölkerungsschichten treffen. Das ist Verlogenheit pur, denn der größte Preistreiber ist die öffentliche Hand. Das ist die, die scheinbar gibt, in Wirklichkeit schamlos in unsere Taschen greift. Mit zwangsweisen Müllgebühren zum Beispiel, etwa für Biotonnen, die man gar nicht braucht, weil man ohnehin einen Komposter im Garten hat. Oder bei der Wasserver- und -entsorgung, bei der Müllgebühr, bei den Zuschlägen auf den Strompreis usw.usw.

Rechtzeitig vor der Euro-Einführung hat man etwa die Parkgebühren um 50% erhöht, damit die Leute nicht glauben, das hätte etwas mit dem Euro zu tun.

Daß Politiker in ihrer Lüsterheit nach unserem Geld keinen Genierer haben, bewies Wilhelm Molterer mit seinem Vorschlag, eine Internet-Gebühr einzuheben. Erst redet man den Menschen ein, ausnahmslos jeder müsse einen Internet-Anschluß haben, will er nicht als hinterwäldlerisch gelten, dann verlangt man dafür eine Gebühr. Verlogener gehts nicht mehr.

### Strafe muß sein

Die Grünen, am 28. September vom Wähler auf den wohlverdienten 5. Platz verwiesen, verfolgen mit ungebrochener Arroganz ihre Ziele. Wasser predigen und Wein trinken ist das politische Motto. Selbst ist man im Dienste der Öffentlichkeit und der Republik im luxuriösen Dienstauto unterwegs, dem gewöhnlichen Volk sollen die Segnungen moderner Mobilität allerdings verwehrt werden. Der Verbot des Privatautos ist demgemäß eine Uraltforderung der Grünen. In dieselbe Kerbe schlägt man mit der jüngsten Forderung, alle alten Autos aus den Städten auszusperren. All jene, die aus reiner Bosheit (oder aus ökonomischen Gründen) kein funkelneues Auto kaufen, gehören bestraft, wenn man das hehre Ziel der Rettung unserer Erde verfolgt.

Österreichs Beitrag zur weltweiten Umweltverschmutzung bewegt sich im Promillebereich. Will man uns tatsächlich weismachen, wir könnten auch nur die aller kleinste Kleinigkeit zur Verhinderung des ohnehin nicht vom Menschen verursachten Klimawandels beitragen?

### Hiebe statt Liebe

Kaum hatte sich nach der Wahl gezeigt, daß es den beiden Altparteien mit ihrem Versagen wieder gelungen war, die Wähler dem rechtskonservativen Lager zuzutreiben, bettelte Österreich schon wieder um Strafe. Und erhielt postwendend die Antwort. Man zeigte sich im Ausland besorgt über den wachsenden Rechtsextremismus. Hätten wir die Grünen (= Kommunisten) oder wenigstens die Sozialisten gewählt, hätte man uns gelobt. So aber hat ausgerechnet Israel, das selbst genug Leichen im Keller hat und eine grenzenlos menschenverachtende, verbrecherische Politik betreibt, gedroht, seine diplomatische Beziehungen mit Österreich abzubrechen.

Wäre es nicht mehr als 60 Jahre nach dem Dritten Reich höchst an der Zeit, mit der Vergangenheit abzuschließen und wieder nach vorne zu schauen, so wie dies andere Staaten, deren kommunistische Vergangenheit bei weitem nicht so lang zurückliegt, tun? Müssten wir uns bis in alle Ewigkeit Asche aufs Haupt streuen und uns im Ausland schlecht machen? -bz-